

## Pößneck droht neuer Streit wegen Straßenausbaubeiträgen

Birso-Chef Kleindienst will sofortige Erleichterungen für Grundstückseigentümer, Bürgermeister Modde lässt das prüfen - 08. August 2017 / 02:41 Uhr

Die Bürgerinitiative für Recht und Sicherheit Orla (Birso) Pößneck will zur Stadtratssitzung am 31. August einen Antrag einbringen, mit dem Ziel, Grundstückseigentümer „drastisch“ zu entlasten.

Pößneck. Die Bürgerinitiative für Recht und Sicherheit Orla (Birso) Pößneck lässt nicht locker bei den Straßenausbaubeiträgen. Zur Sitzung des Pößnecker Stadtrates vom 31. August bringt die Birso-Fraktion einen Antrag ein mit dem Ziel, Grundstückseigentümer „drastisch“ zu entlasten. „Bei Anliegerstraßen sollen die Anteile der Grundstückseigentümer von bisher 60 Prozent bei der Fahrbahn auf 20 Prozent und bei Gehwegen oder Straßenbeleuchtung von 70 Prozent auf 20 Prozent gesenkt werden“, führt Birso-Chef Wolfgang Kleindienst vorab aus. „Bei Haupterschließungsanlagen betragen die Anteile noch 15 Prozent und bei Hauptverkehrsstraßen nur noch zehn Prozent. Das würde bedeuten, dass die finanzielle Belastung von



- Birso-Chef Wolfgang Kleindienst. Foto: privat

Grundstückseigentümern zum Beispiel für den Gehweg in der Jenaer Straße und für die Straßenbeleuchtung in der Neustädter Straße oder in der Saalfelder Straße um mindestens 300 Prozent abgesenkt werden“, heißt es in einer längeren Pressemitteilung. Die Änderungen sollen noch ab 31. August „für alle noch nicht beschiedenen und künftigen Maßnahmen“ gelten. Die Birso will lokal Entlastungen durchsetzen, welche durch Änderungen des Thüringer Kommunalabgabengesetzes möglich seien, zumal sich die Stadt Pößneck diese Abstriche leisten könne. Pößneck sollte die erste Stadt in Thüringen sein, die die neuen Möglichkeiten nutze, so Kleindiensts Appell. Andererseits räumt er ein, sein ursprüngliches politisches Ziel, nämlich die Abschaffung dieser Beiträge, verfehlt zu haben.

Bürgermeister Michael Modde bestätigte gestern den Eingang des Antrages, wollte inhaltlich aber noch keine Stellung nehmen. „Wir werden die Dinge juristisch prüfen lassen und das Gespräch mit der Rechtsaufsicht suchen“, erklärte er. „Aus meiner Sicht kann über diesen Antrag am 31. August noch nicht abschließend abgestimmt werden. Es bedarf auch einer inhaltlichen Diskussion.“

Marius Koity / 08.08.17